



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss für Umwelt und Grün	03.12.2009	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen  
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage  
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem  
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Umsetzung Ratsbeschluss - Stellenzusetzungen zur Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung, AN/1760/2009**

Mit gemeinsamer Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2009 wird die Verwaltung um Aussage dazu gebeten, wann mit einer Ausschreibung bzw. Besetzung der mit Ratsbeschluss vom 10.09.2009 zugesetzten 2 Stellen zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der Baumschutzsatzung zu rechnen ist.

#### **Antwort:**

Das für das Stellenbesetzungsverfahren zuständige Dezernat I hat hierzu folgende Aussage getroffen:

„Der Rat hat am 10.09.09 die Einrichtung von zwei Mehrstellen für die Aufgaben nach der Baumschutzsatzung bzw. der Naturdenkmal-I-VO beschlossen. Seit dem hat sich die Haushaltssituation weiter dramatisch verschlechtert. In diesem Zusammenhang wird auf die in den Reden zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010 in der Ratssitzung am 16.11.2009 durch Herrn Oberbürgermeister Roters und Herrn Stadtkämmerer Walter-Borjans getroffenen Aussagen verwiesen. Im Baumschutz ließen sich durch Standardveränderungen zusätzliche Ressourcenbedarfe vermeiden; durch eine stärkere Inanspruchnahme des Bürgers bzgl. seiner Nachweispflichten könnte gleichzeitig den Erfordernissen der Baumschutzsatzung Genüge getan werden. So können beispielsweise die sehr aufwändigen Kompensationskontrollen durch eine Umkehr der Beweislast statt durch Überprüfungen vor Ort künftig durch die Einführung einer Dokumentationsbringschuld des Bürgers als Auflagenpflichtigen vereinfacht werden (Beschränkung auf Stichproben-Kontrollen).

Bei anderen Aufgaben könnte auf die beabsichtigte Ausweitung der Standards (mit Ausnahme von Verkehrssicherungspflichten) verzichtet werden. Damit stehen mit Blick auf die Haushaltssituation für die Erledigung der originären ordnungsbehördlichen Aufgaben nach der Baumschutzsatzung konstruktive Alternativen zur Verfügung, die bei wesentlich geringerem Aufwand ausreichende Erfolge versprechen.

Daher ist es aus Sicht der Verwaltung geboten, die Standards im Baumschutz (als freiwillige Aufgabe) in eine anstehende, kritische Überprüfung aller städtischen Aufgaben und Leistungsstandards mit einzubeziehen.“

Herr Oberbürgermeister Roters hat die Angelegenheit in die disziplinübergreifende Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Einsparvorschlägen verwiesen.

Die Arbeitsgruppe wird kurzfristig zusammentreten.

gez. Bredehorst